

Christoph Scherrer*

Capitalism First – wie immer, nur anders

Die US-amerikanische Außenwirtschaftspolitik unter Präsident Biden

Zusammenfassung: Präsident Bidens Außenwirtschaftspolitik versucht die Fehler seiner Vorgänger zu vermeiden. Er will anders als Obama die Interessen der Lohnabhängigen besser vertreten und im Unterschied zu Trump gegenüber China traditionelle Verbündete einbeziehen. Der Beitrag untersucht, inwiefern diese Strategie von seiner Wahlkoalition getragen wird, und zeigt auf, dass der sich abzeichnende Schulterschluss zwischen europäischem und US-amerikanischem Kapital sowie der Biden-Administration und der EU-Kommission letztlich auf »Capitalism First« hinausläuft.

Schlagwörter: US-Präsidenten, Handelspolitik, Industriepolitik, China

Capitalism first – as always, only different U.S. foreign economic policy under president Biden

Abstract: President Biden's foreign economic policy seeks to avoid the mistakes of his predecessors. Unlike Obama, he wants to better represent the interests of wage earners and, unlike Trump vis-à-vis China, to involve traditional allies. This article examines the extent to which this strategy is supported by his electoral coalition and shows that the emerging alliance between European and US-American capital as well as the Biden administration and the EU Commission ultimately amounts to »Capitalism First«.

Keywords: US presidents, trade policy, industrial policy, China

»**A**merica First«, der Wahlspruch von dem im November 2020 nicht wieder gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Donald Trump, soll glauben machen, dass seine Vorgänger nicht die Interessen der USA verfolgt hätten. Nicht nur seine große, gläubige Anhän-

* Christoph Scherrer  ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der PROKLA.

gerschaft, sondern auch viele Kommentator*innen der US-Politik sahen und sehen in Trump einen rücksichtslosen Vertreter US-amerikanischer Interessen und damit einen Bruch gegenüber den Jahren vor seinem Amtsantritt im Jahre 2017. Eine solche Sichtweise verkennt, dass was der Inhalt des »nationalen Interesse« sein soll, als auch die Art und Weise wie das jeweilige »nationale Interesse« verfolgt werden soll, im starken Maße interpretierfähig und Interessen geleitet ist.

Schauen wir uns die Geschichte der US-Außenpolitik in der Nachkriegszeit an, so ist kurz nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland und das militaristische Japan die mit erheblichen Mitteln unterfütterte Waffenallianz mit der Sowjetunion aufgekündigt und in eine militärische Gegnerschaft überführt worden. Dieser Wechsel fand im politischen Parteienspektrum der USA breite Unterstützung, allerdings einhergehend mit der Säuberung aller Personen im Staatsdienst (und in den meisten Gewerkschaften), die verdächtigt wurden, kommunistische oder sozialistische Ideen zu hegen (McCarthy Ära). Der breite antisowjetische Konsens beinhaltete jedoch keinen Gleichschritt hinsichtlich der Strategien gegenüber der Sowjetunion. Zwar setzte sich das *Containment* (glücklicherweise) gegenüber dem *Rollback* durch, doch immer wieder gab es Stimmen, die für den atomaren Erstschlag plädierten (Bowie/Immerman 2000).

In der Außenwirtschaftspolitik können sich ebenso im Laufe der Zeit Interessen verschieben. Das System fester Wechselkurse mit dem US-Dollar als Ankerwährung wurde von der US-amerikanischen Regierung gegen die von John Maynard Keynes vertretene britische Regierung in Bretton Woods 1944 durchgesetzt. Am Ende der 1960er-Jahre stellte es sich allerdings heraus, dass eine Änderung der Währungsparitäten im Lichte der Produktivitätsannäherung ohne Aufgabe der Bindung des US-Dollars ans Gold schwer durchsetzbar war, sodass im Interesse des Vorrangs der Kapitalmobilität (und der erhofften Wiedererlangung wirtschaftspolitischer Souveränität) das von den USA vormals eingerichtete Währungssystem durch die US-Regierung unter Präsident Richard Nixon aufgegeben wurde (Scherrer 1999: 185ff.).

Dieser kleine geschichtliche Exkurs dient nur der Illustration der im Folgenden für die US-Außenwirtschaftspolitik ausgeführten These, dass was im Interesse der USA ist und wie es verfolgt werden soll, umstritten ist. Allerdings, so die weitere These, besteht ein breiter Konsens, der sowohl für die vergangenen Präsidentschaften als auch für die jetzige Präsidentschaft unter Joseph Biden gilt, nämlich die Sicherung der Profitmöglichkeiten für das heimische Kapital und Ausdehnung kapitalistischer Marktprinzipien.

Derzeit mehren sich, wie am Ende der 1970er-Jahre, wieder die Stimmen, die vom Ende der US-Hegemonie im Kreis der Nationen sprechen. Ich halte den Fokus auf einen Nationalstaat für die Frage von Hegemonie zwischen politischen Körperschaften für verkürzt. Im Falle der USA sollte eher von einer Verschränkung bourgeoiser und nationalstaatlicher Hegemonie ausgegangen werden. Für große Teile der in anderen Ländern ansässigen Kapitalisten waren die USA der sichere Hort, der Beschützer der kapitalistischen Eigentumsordnung und der Rammbock zu deren weiteren Ausdehnung (Scherrer 2001). Deshalb sollen im Gedenken an den Neogramscianer Robert W. Cox die innerstaatlichen Auseinandersetzungen um Hegemonie in den USA untersucht werden, bevor Aussagen über die Hegemonie der USA als Nationalstaat getroffen werden.

Trumps aggressive, auf Bündnispartner verzichtende Strategie gegenüber der Volksrepublik China (im Weiteren China) zeitigte zumindest während seiner Amtszeit keine Erfolge, wobei zentrale Ziele seiner Strategie durchaus von der US-Geschäftswelt breit geteilt werden. Deshalb erfährt Präsident Bidens China-Strategie des Einbezugs traditioneller Verbündete derzeit Zustimmung. Allerdings kann Trump einen entscheidenden handelspolitischen Erfolg vorweisen, der für die zukünftige handelspolitische Strategie der USA sich als richtungweisend zeigen könnte. Dies ist die Neuverhandlung des nordamerikanischen Freihandelsabkommen von 1994 (NAFTA), die Anfang 2020 in die Ratifizierung des nun neu benannten United States Mexico Canada Agreement, abgekürzt USMCA, mündete. Während das ursprüngliche NAFTA mit relativ knapper Mehrheit im US-amerikanischen Kongress verabschiedet wurde, und Präsident Barack Obamas Transpazifisches Partnerschaftsabkommen (TPP) nicht zur Abstimmung im Senat kam, erhielt das USMCA die Zustimmung einer breiten Mehrheit im US-Kongress. Entsprechend sollen die Erfolgsfaktoren im Weiteren beleuchtet werden.

Dieser Aufsatz knüpft an meinen Beitrag zur PROKLA 194 mit dem Titel »Direkte Konfrontation statt Umzingelung. US-Handelspolitik unter Trump mit China« (2019) an. Deshalb verzichte ich hier auf eine Darstellung der theoretischen Grundlagen von der These der verschränkten Hegemonie. Stattdessen werde ich einige Ideen zu nationalstaatlichen Rivalitäten entwickeln. Trumps China-Strategie werde ich nur kurz skizzieren und mich auf ihre politischen Folgen konzentrieren, die im Aufsatz von 2019 noch nicht angesprochen wurden. Es folgt eine Vorstellung von Joseph Bidens Wahlkoalition und ihrer außenwirtschaftlichen Interessen, die dann in eine Beschreibung der Konturen der neuen Außenwirtschaftspolitik mündet, die ich als Kreuzung von Obama und Trump bezeichne. Ich schließe mit einem Plädoyer, den sich

abzeichnenden Schulterchluss zwischen europäischem und US-amerikanischem Kapital sowie der Biden-Administration und der EU-Kommission als das anzusehen, was es ist, nämlich »Capitalism First«.

Das Kapital zwischen Konkurrenz und Kooperation

Allgemein kann davon ausgegangen werden, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die auf Privateigentum und freier Lohnarbeit basiert, zur Internationalisierung tendiert. Für Kaufentscheidungen ist (im Prinzip) nicht die Herkunft oder die Hautfarbe der jeweiligen Warenbesitzerin ausschlaggebend, sondern das Preis-Leistungs-Verhältnis ihrer Waren im Vergleich zur Konkurrenz. Die Aussicht auf Profit und der Konkurrenzdruck schaffen Anreize, Unterschiede zwischen einzelnen Wirtschaftsräumen auszunutzen, sei es durch das Angebot von Waren oder durch die Nachfrage von Waren bzw. Arbeitskräften, die im eigenen Wirtschaftsraum entweder gar nicht oder nur zu höheren Preisen angeboten werden.

Der Konkurrenzmechanismus, der die grenzüberschreitende Arbeitsteilung vorantreibt, ist jedoch zugleich auch eine Ursache von Grenzziehungen. Denn diejenigen, die im Wettbewerb nicht mithalten können, werden versucht sein, die Konkurrenz von ihrem angestammten Markt fernzuhalten, und zwar mittels Einfuhrverboten, Zöllen und nationalen technischen Standards. So hat keines der führenden Industrieländer auf protektionistische Instrumente verzichtet. Selbst England hat sich zu Beginn seiner industriellen Entwicklung gegen die holländischen Textilmanufakturen geschützt. Später hat es die eigenen Kolonien daran gehindert, eigene Industrien zu entwickeln. Schon bald nach ihrer Unabhängigkeit haben die USA die Entwicklung ihrer eigenen Industrie mittels einer Hochzollpolitik geschützt (Eckes 1995).

Zugleich werden die bereits erfolgreichen Unternehmen mithilfe ihrer jeweiligen Staaten versuchen, die nachholende Konkurrenz klein zu halten, heutzutage vor allem mittels des Schutzes des geistigen Eigentums und Investitionen in ihre jeweiligen Marken. Hinsichtlich der Sicherung des Zugangs zu territorialgebundenen Rohstoffen kommt dem Militär eine bedeutende Rolle zu.

Trotz dieser Konkurrenz kann es zur Kooperation kommen, nämlich insbesondere dann, wenn die Eigentumsordnung von einer dritten Kraft infrage gestellt wird. Nun ist China nur noch in der eigenen Propaganda kommunistisch und unterstützt auch nicht mehr kommunistische Befreiungsbewegungen, doch fordert China die bisher führenden kapitalistischen Nationen heraus, sodass bei aller Konkurrenz untereinander ein gemeinsames Vorgehen dieser Nationen gegen China folgerichtig erscheint.

Transpazifische Partnerschaftsabkommen: Die Grenzen der außenwirtschaftspolitischen Hegemonie

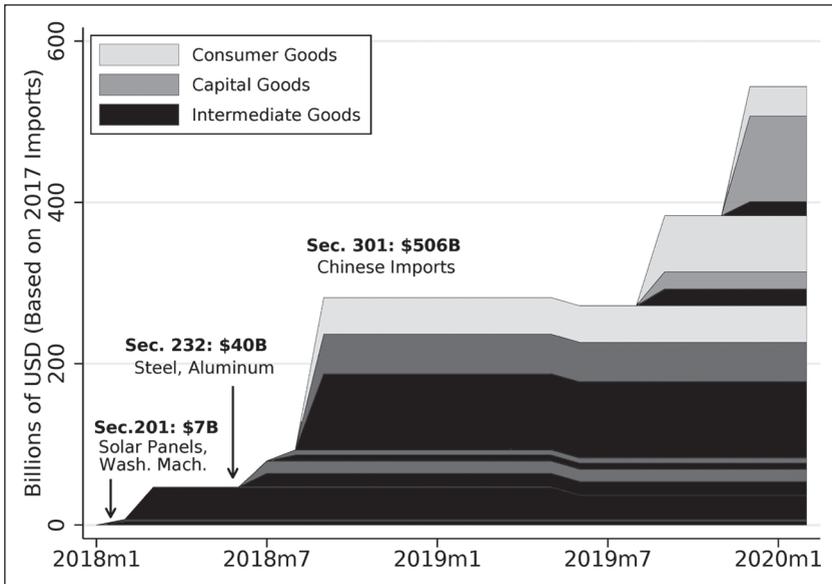
Seit Ende des Zweiten Weltkrieges haben sich die US-amerikanischen Präsidenten aus geopolitischen Gründen und im Interesse des international orientierten Kapitals für eine Liberalisierung der Außenwirtschaft im eigenen Land und bei den Handelspartnern eingesetzt (Scherrer 1999). In dieser Tradition stehend, versuchte auch Präsident Barack Obama die chinesische Regierung dazu zu bringen, ihre Märkte für ausländische Investitionen zu öffnen und von einer gezielten Industrie- und Technologiepolitik abzulassen. Seine gewählte Strategie war die der Einkreisung Chinas. Der Plan war, zuerst mit elf Anrainerstaaten des Pazifiks eine Transpazifische Partnerschaft (TPP) abzuschließen, die den Schutz des geistigen Eigentums stärkt, den ungehinderten Daten- und Finanzfluss erlaubt und die Subvention von Staatskonzernen einschränkt (Trans-Pacific Partnership Text, Kapitel 10, 11, 17 und 18). Danach, gestärkt durch das TPP, sollte ein ähnliches Abkommen mit der verhandlungsstarken Europäischen Union (EU), die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), vereinbart werden. Zusammen hätten TPP und TTIP einem beträchtlichen Teil des globalen Handels einen rechtlichen Rahmen gegeben. Die chinesischen Exporte wären auf diesem großen Markt gegenüber Konkurrenz innerhalb der TPP-TTIP-Zone im Nachteil. Um nicht dauerhaft schlechter gestellt zu sein, wäre die chinesische Regierung darauf hin angehalten, den US-amerikanischen Forderungen nachzugeben. Doch dieser schöne Plan ging nicht auf. Für den von der Obama-Regierung unterzeichneten TPP-Vertragsentwurf zeichnete sich keine Mehrheit im Kongress im Laufe des Wahljahrs 2016 ab. Die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton nahm ihre Zustimmung zurück, nachdem sie sich nur knapp gegen den progressiven demokratischen Herausforderer Bernie Sanders durchsetzen konnte. Die mehrheitlich freihändlerisch gesinnten republikanischen Präsidentschaftskandidaten verloren bekanntermaßen gegen den TPP-Kritiker Donald Trump.

Trumps China-Niederlage und USMCA-Erfolg

Trump war der erste Präsidentschaftskandidat, der die immer latent vorhandene Unzufriedenheit mit einer weiteren Liberalisierung des Außenhandels in der amerikanischen Bevölkerung erfolgreich für seine Wahl mobilisieren konnte. Wenngleich eine seiner ersten Amtshandlungen das öffentlichkeitswirksame Zerreißen des von der Konzernwelt favorisierten und zur Abstimmung im Senat vorgesehenen TPP war, so enthielt seine außenwirtschaftliche Agenda ein klares Bekenntnis zu den Zielen des international orientierten

Kapitals: freier grenzüberschreitender Datenfluss, keine Zölle auf den Handel mit digitalen Produkten (zum Beispiel Software, Musik, Videos, E-Bücher) und Verbot von Vorschriften für die Offenlegung von Software-Quellcodes, Stärkung des Schutzes des geistigen Eigentums, frühzeitige Anhörung ausländischer Anbieter bei der Planung neuer wirtschaftlicher Auflagen (*regulatory practices*), Begrenzung staatlicher Wirtschaftssubventionen und marktwirtschaftliche Disziplinierung von Unternehmen in Staatsbesitz (USTR 2017).

Der Unterschied zu Obamas Strategie war im Wesentlichen ein taktischer. Nicht die auf längere Frist angelegte Umzingelung Chinas, sondern die direkte Konfrontation sollte die chinesische Regierung zur weiteren Öffnung der chinesischen Wirtschaft und zur Zurücknahme staatlichen Einflusses bewegen (Scherrer 2019). Der Maßnahmenkatalog reichte von der Erhebung von Strafzöllen in sukzessiven Schritten (siehe Schaubild) über die Einschränkung chinesischer Direktinvestitionen und der Ausgrenzung chinesischer Telekommunikationsausrüster (insbesondere Huawei) hin zur Verfolgung von Forscher*innen in den USA mit Kontakten zu staatlichen Stellen in China (Redden 2020). Im August 2019 wurde das Huawei-Exportverbot sogar auf ausländische Nutzer von US-Technologie ausgedehnt (für eine chronologische Übersicht aller Maßnahmen siehe Bown/Kolb 2021).



Zusammensetzung der neuen US-Import-Zölle: 2018-2019; Quelle: Flaaen/Pierce (2019: 25); die Volumina sind Schätzungen, berechnet auf Grundlage der Importstruktur von 2017.

Die meisten dieser Maßnahmen erfolgten auf der Basis präsidentieller Anweisungen. Die Überwachung einiger ausländischer Investitionen in den USA (FIRRMA) und des Technologietransfers ins Ausland (ECRA) wurden jedoch 2018 vom Kongress verabschiedet. Der Foreign Investment Risk Review Modernization Act (FIRRMA) verlieh dem behördenübergreifenden Exekutivorgan namens Committee on Foreign Investment in the United States (CFIUS) mehr Kontrollrechte gegenüber Investitionen aus Ländern, die »ein nachgewiesenes oder erklärtes strategisches Ziel haben, eine Art von ›kritischer‹ Technologie und Infrastruktur zu erwerben« (Übers.: Ch.S.). Zudem soll das CFIUS auf eine Harmonisierung der Investitionsvorschriften zwischen gleichgesinnten Ländern hinwirken (Khanapurkar 2020).

Ende 2019 zeichnete sich allerdings ab, dass China den Handelskrieg besser durchstehen konnte. Die trumpschen Maßnahmen waren in der Bevölkerung nicht sonderlich populär. Während zwar eine Mehrheit von 62 Prozent in einer CBS-Umfrage 2019 eine härtere handelspolitische Strategie gegenüber China befürworteten, wurden von 49 Prozent die im Handelskrieg verhängten Zölle kurzfristig als abträglich für die US-Wirtschaft angesehen (26 Prozent positive, 25 Prozent keine Auswirkungen). Allerdings erwarteten 39 Prozent langfristig Vorteile für die USA (36 Prozent Nachteile, 25 Prozent keine Auswirkungen; Salvanto 2019). Die landwirtschaftlichen Betriebe hatten erhebliche Exportrückgänge zu verzeichnen und mussten durch sehr hohe Subventionen entschädigt werden: 2019 etwa 14,5 Milliarden US-Dollar, 2020 etwa 46 Milliarden US-Dollar (Rapport 2020). Viele Wirtschaftsverbände beklagten sich über höhere Importpreise, Importbeschränkungen und über die Kosten, ihre Zulieferketten neu zu strukturieren. Einige in China tätige Firmen beklagten sich über willkürliches Handeln chinesischer Behörden. In den Kongress-Wahlen im November 2018 zeichnete sich bereits eine Enttäuschung von Teilen der Industriearbeiterschaft ab, die Trump 2016 in der Hoffnung auf den Erhalt industrieller Arbeitsplätze gewählt hatten. So entschied der Präsident offenbar, dass er seine Wiederwahl nicht durch eine weitere Eskalation des Handelskrieges gefährden wollte. Entsprechend vereinbarte er ein Handelsabkommen mit China, das weit hinter den gesteckten Zielen zurückblieb. Der bekannte Kolumnist Fareed Zakaria fasste es bündig zusammen: »Also knickte er ein« (2020; Übers.: Ch.S.).

Im Rahmen des im Januar 2020 unterzeichneten sogenannten Phase-Eins-Abkommens erklärt sich China bereit, zusätzliche US-Exporte im Wert von 200 Milliarden US-Dollar zu kaufen. Der ehemalige nationale Sicherheitsberater John Bolton behauptet, dass Trump den chinesischen Präsidenten Xi Jinping ausdrücklich gebeten hat, die Soja- und Weizenkäufe zu erhöhen, um ihm zu helfen, ländliche Unterstützung für seine Wiederwahl zu gewinnen

(Bolton 2020). Die meisten Zölle blieben in Kraft, und China ging nicht auf die Forderung nach Begrenzung staatlicher Subventionen und Unternehmen ein – wichtige Themen, die den Handelskrieg ausgelöst hatten. Abgesehen von den versprochenen Käufen, erhielt Trump lediglich die Wiederholung von Verpflichtungen bezüglich des Zugangs für Finanzdienstleistungsunternehmen und anderer Zusagen, die China bereits bei der Welthandelsorganisation, dem Internationalen Währungsfonds und den G20 gemacht hatte (Hanemann u.a. 2020).

Die chinesischen Importe von US-Gütern, die unter das Phase-Eins-Abkommen fallen, erreichten gegen Ende der Amtszeit von Trump jedoch nur 59 Prozent der ursprünglichen Verpflichtung (Bown 2021). Das Handelsbilanzdefizit gegenüber allen Handelspartnern nahm sogar zu (Smith 2020) und interessanterweise blieben die Direktinvestitionen von US-Unternehmen in China auf hohem Niveau (zum Beispiel durch Tesla; Hanemann u.a. 2020).

Neben den bereits erwähnten umfangreichen Staatshilfen für die exportorientierte Landwirtschaft soll der Handelskrieg bis Mitte 2019 einen Nettoverlust von 175.000 Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe der USA verursacht (Cox/Russ 2020) und das Bruttosozialprodukt um 0,5 Prozent gesenkt haben (Congressional Budget Office 2020: 33). Zugleich sollen in den ersten dreieinhalb Jahren der Trump-Präsidentschaft 12.552 Arbeitsplätze mehr die USA verlassen haben als im entsprechenden Zeitraum unter Präsident Obama (Bloomberg Supply Lines; siehe auch Barattieri/Cacciatore 2020). Der Forbes-Kolumnist Phil Levy formulierte es so: »Die Trump-Administration scheint bei der Änderung des chinesischen Verhaltens weniger Fortschritte gemacht zu haben als frühere Regierungen, und das zu wesentlich höheren Kosten.« (Levy 2020, Übers.: Ch.S.)

Das international orientierte Kapital äußerte zwar Unbehagen gegenüber der trumpschen Strategie, da es aber weitgehend mit den Zielen übereinstimmte (allerdings nicht mit dem Ziel einer ausgeglichenen Handelsbilanz) und aufgrund der generösen Steuersenkungen blieb der Protest beschränkt. Ein weiterer Grund für den geringen Widerstand gegen Trumps Strategie mag gewesen sein, dass Firmen Anträge auf Ausnahmen von den Import-Strafzöllen stellen konnten. Es bestehen Anzeichen, dass die Bewilligung dieser Anträge von der Unterstützung von Trumps Administration abhängig gemacht wurde. Allerdings hat die Willkür bei der Genehmigung von Anträgen in der längeren Frist zu Unmut geführt und dürfte für die Wiederwahlaussichten von Trump letztlich nicht hilfreich gewesen sein (WSJ, 28.12.2020).

Unternehmen reichten mehr als 3.500 Klagen gegen die Section 301-Zölle der Trump-Administration auf chinesische Importe beim U.S. Court of International Trade ein. Sie argumentierten, dass die dritte und vierte Runde

der Zölle der Trump-Administration auf Waren aus China in Höhe von insgesamt 320 Milliarden US-Dollar rechtswidrig war. Die ersten beiden Runden der US-Zölle betrafen chinesische Waren im Wert von 50 Milliarden US-Dollar (Inside U.S. Trade, 12.2.2021; siehe auch Schaubild).

Erfolgreicher war Trump gegenüber Mexiko und Kanada hinsichtlich der Neuverhandlung von NAFTA. Während die Durchsetzung US-amerikanischer Forderungen gegenüber diesen deutlich schwächeren Staaten nicht erstaunlich ist, so ist es jedoch die große Zustimmung, die der USMCA trotz der ausgeprägten parteipolitischen Polarisierung im Kongress genossen hat: im Repräsentantenhaus 381 Ja-Stimmen und 41 Nein-Stimmen, im Senat 89 Ja- zu 10 Nein-Stimmen. Der USMCA trat am 1. Juli 2020 in Kraft. Laut einer Gallup-Umfrage betrachtete auch die erwachsene US-Bevölkerung den USMCA als »good for the U.S.« (Saad 2020).

Zwei Faktoren dürften zum Erfolg beigetragen haben. Erstens die aggressive Rhetorik Trumps gegenüber Mexiko, die dazu führte, dass er keine Kritik an der Neuverhandlung seitens rechter, ausländerfeindlicher Gruppierungen befürchten musste. 1992, im Vorlauf zum NAFTA, mobilisierte der Präsidentschaftskandidat Ross Perot, ebenfalls ein Milliardär, diese Einstellungen gegen den Vertragsabschluss, damals aber letztlich erfolglos (Scherrer 1999: 277). Der zweite Faktor ist der Einbezug der US-Gewerkschaften, die seit Ende der 1960er-Jahre die größten Kritiker von Freihandelsverträgen sind. Bereits zu Beginn der Verhandlungen hat der US-amerikanische Handelsbeauftragte, Robert Lighthizer, das Gespräch mit den Gewerkschaften gesucht, und erst recht nach den Kongresswahlen von 2018, als die Demokraten Mehrheitspartei im Abgeordnetenhaus wurden. Insbesondere eine Klausel zur Reform des mexikanischen Arbeitsrechts, ein ausgeklügeltes Beschwerderecht im Falle von Arbeitsrechtsverletzungen und verschärfte Ursprungsregeln hat die Mehrheit der US-Gewerkschaften und damit auch die ihnen verbundenen demokratischen Abgeordneten überzeugt, dem Vertrag zuzustimmen (Scherrer 2020).

Präsident Bidens Wahlkoalition und ihre außenwirtschaftlichen Interessen

Die Kongress- und Präsidentschaftswahlen vom November 2020 bestätigen wiederum die These von Thomas Ferguson, dass der Ausgang von Wahlen in den USA eng mit der Höhe der eingesetzten Wahlkampfmittel korreliert ist (Ferguson u.a. 2019). Der Gewinner, Biden, hat mehr als 1,6 Milliarden US-Dollar einsammeln können, während Trump nur auf etwas über eine Milliarde US-Dollar kam (OpenSecrets 2021). Zugleich verhinderten Groß-

spender in den letzten Wochen des Wahlkampfs eine Mehrheit der Demokratischen Partei im Senat (Ferguson u.a. 2021). Wenngleich mehrheitlich Kapitalgruppen sich für Biden eingesetzt haben, wollten viele sichergehen, dass der progressive Flügel der Demokratischen Partei wenig Einfluss auf die Politik von Präsident Biden erhält (Nasiripour/Parmar 2020). Diese Strategie hat sich bereits ausgezahlt, und zwar indem die Erhöhung des Mindestlohns aus dem großen Corona-Hilfspaket von Präsident Biden herausgenommen werden musste. Die Aussichten des im Abgeordnetenhaus verabschiedeten Gesetzes zur Stärkung von Gewerkschaften, auch vom Senat angenommen zu werden, stehen ebenfalls schlecht (Fandos 2021).

Für seinen Wahlkampf erhielt Trump insbesondere Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs), der Gesundheitsindustrie, Casinos, dem Bauwesen, der Öl-, Kohle- und Gasindustrie, dem Transportwesen und der Agrarindustrie. Natürlich auch von der Immobilienwirtschaft, allerdings nur wenig mehr als Biden (OpenSecrets 2021), was wohl mit dem städtischen Schwerpunkt dieser Industrie erklärt werden kann.

Zum ersten Mal seit 2008 haben Firmen des Finanzwesens mehrheitlich den demokratischen Kandidaten unterstützt, und zwar mit einem signifikanten Vorsprung. Noch eindeutiger zugunsten Bidens fiel die Unterstützung der Elektronikindustrie aus. Und natürlich am allerdeutlichsten die der Gewerkschaften und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, deren gesamte Wahlkampfspenden allerdings nicht mit einzelnen großen Industriezweigen mithalten konnten. Ein sehr erheblicher Posten, annähernd 30 Prozent der Gesamtspenden, kam von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), insbesondere Frauengruppen, Umweltverbänden, Anti-Rassismus-Organisationen etc. (OpenSecrets 2021). Mithin steht hinter dem Wahlsieg von Biden eine klassenübergreifende Wahlkoalition von Hochfinanz und der Hightechindustrie, einerseits, und Gewerkschaften und progressiven Organisationen, andererseits.

Die außenwirtschaftlichen Interessen von Hochfinanz und Hightech sind relativ deckungsgleich, vor allem freier grenzüberschreitender Daten- und Finanzfluss sowie Stärkung des Schutzes des geistigen Eigentums. In Bezug auf China sind die Finanzkonzerne stärker an einer weiteren Liberalisierung des Zugangs zu den chinesischen Finanzmärkten interessiert, während die Hightech-Firmen ihren bisherigen Zugang bewahrt sehen wollen und zugleich eine stärkere Unterstützung in der anwendungsorientierten Forschung wünschen. Entsprechend fordern mehrere prominente Wirtschaftsverbände, darunter vor allem Verbände aus dem Hightechbereich, die Biden-Administration auf, einen Erlass der Trump-Administration auszusetzen, der China als »ausländischen Gegner« bezeichnet und dem Handelsministeri-

um erlaubt, Importe von Informations- und Kommunikationstechnologie und -dienstleistungen zu verbieten. Dieser Erlass gibt der Ministerin nahezu uneingeschränkte Befugnis, Transaktionen zu blockieren oder rückgängig zu machen, betroffene Parteien haben keinen Mechanismus, um eine Entscheidung der Ministerin anzufechten. Der Erlass könne US-Firmen zu »unzuverlässigen Geschäftspartnern« machen (Inside U.S. Trade, 5.2.2021). In einer aufwändigen Studie warnt die US-amerikanische Handelskammer vor einer Entkopplung der beiden Ökonomien (U.S. Chamber of Commerce 2021). Sprich, die US-Konzerne wollen ihren Zugang zu den Arbeitskräften und den Konsument*innen in China nicht gefährden, ihn sogar ausbauen, doch zugleich die chinesische Konkurrenz klein halten.

Die Gewerkschaften sind vor allem an Erhalt und Ausbau von Industriearbeitsplätzen in den USA interessiert. Deshalb geben sie der Industriepolitik Vorrang vor der Handelspolitik. Neue Handelsabkommen müssten aus ihrer Sicht starke Ursprungsregeln enthalten, die den Anreiz zur Verlagerung von Arbeitsplätzen mindern, zudem verlässliche Regeln zur Aussetzung von Handelsprivilegien im Falle einer starken Zunahme von substituierenden Importen und sanktionsbewehrte Arbeitsrechtsklauseln (AFL-CIO 2017). Umweltverbände, wie zum Beispiel der große Sierra Club, verlangen vor allem, dass Nationen in der Lage sein sollten, zur Verfolgung ihrer Umweltziele Importe in und Exporte aus ihrem nationalen Territorium auf einer nicht-diskriminierenden Basis zu beschränken (Sierra Club 2021). Viele progressive Verbände, wie zum Beispiel der Verbraucherschutzverband Public Citizen, fordern eine Abschaffung der Sondergerichtsbarkeit zugunsten von Konzernen gegenüber Staaten (Public Citizen 2021). Marginal sind die Stimmen, die allgemein grenzüberschreitenden Handel hinterfragen.

Die Interessen dieser Biden-Wahlkoalition sind somit nicht deckungsgleich, womit sich die Frage stellt, welche Interessen sich durchsetzen, welche Kompromisse gemacht werden. Neben den deutlich umfangreicheren Wahlspenden des Finanz- und Hightechsektors setzen die Großkonzerne erhebliche Mittel für ihre Lobbyarbeit ein (Blanga-Gubbay 2021; Kim/Milner 2020) und verfügen über ausgezeichnete Zugänge zu den zentralen Personen im Kongress und dem Weißen Haus (Ehrlich 2008), wobei sie in den ständigen Beratungsgremien des Büros der Handelsbeauftragten gegenüber Gewerkschaften und NGOs deutlich in der Überzahl vertreten sind. Deren Liberalisierungsagenda wird auch von den liberalen Leitmedien, der Wirtschaftspresse, zentralen Think Tanks und für das Feld der Handelspolitik mit Expert*innenstatus versehenen Wirtschaftswissenschaftler*innen mitgetragen. Die bisherige und nun nach Trump wohl wiederbelebte geopolitische Bündnispolitik der USA begünstigt zudem das Interesse der Präsidentschaft

an liberalisierenden Handelsverträgen und weniger an einer Abschottung des eigenen Marktes (Scherrer 1999).

Neben den nicht unerheblichen finanziellen Mitteln, die die Gewerkschaften für Wahlkämpfe aufbringen, sind die Gewerkschaften für die Bereitstellung von freiwilligen Wahlkämpfer*innen für die demokratische Partei in vielen Bundesstaaten wichtig. Der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO verfügt über viel Expertise in Handelsfragen und beim Büro der Handelsbeauftragten ist auch eines der Beratungsgremien mit Vertreter*innen der Gewerkschaften besetzt. Gleichwohl vermochten sie es nicht, die großen Handels- und Investitionsabkommen der letzten Jahrzehnte zu verhindern. Die große Ausnahme war das Transpazifische Partnerschaftsabkommen (TPP), welches sie gleichfalls wie Trump ablehnten. Sprich, nur dank chauvinistischer Kräfte, die auf allen anderen Politikfeldern gewerkschaftsfeindliche Positionen vertreten, wurde TPP verhindert. Die besonderen Umstände der erfolgreichen Inklusion einer ausgeklügelten Arbeitsrechtsklausel in den USMCA sind hier bereits genannt worden.

Angesichts des Patts zwischen den Parteien im Senat ist aufgrund der genannten Kräfteverhältnisse anzunehmen, dass sich die Interessen der Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbände im besten Fall als Unterkapitel in neuen Handelsverträgen widerspiegeln. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass keine größeren neuen Handels- und Investitionsverträge in der Amtszeit von Präsident Biden ratifiziert werden, da sich die Bewilligung eines neuen Verhandlungsmandats, die Aushandlung des jeweiligen Abkommens und die Ratifizierung durch den Kongress hinziehen können. Die Zwischenwahlen von 2022 werden sich sicherlich darauf auswirken, je nachdem welche Partei im Abgeordnetenhaus und im Senat gewinnt.

Konturen der neuen Außenwirtschaftspolitik: Eine Kreuzung von Obama und Trump

Die Verlautbarungen aus dem außenpolitischen und außenwirtschaftspolitischen Umkreis von Präsident Biden lassen eine Reflexion der handelspolitischen Erfahrungen der Präsidentschaft von Obama als auch der von Trump erkennen.

Aus dem Scheitern der Ratifizierung der von der Obama-Administration ausgehandelten Transpazifischen Partnerschaft (TPP) wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die Verhandlung neuer Außenwirtschaftsabkommen keine Priorität hat (Inside U.S. Trade, 26.2.2021). Falls doch neue Abkommen angestrebt werden, sollte, so der neue Außenminister Antony Blinken, der Kampf »um jeden amerikanischen Arbeitsplatz und für die Rechte, den

Schutz und die Interessen aller amerikanischen Arbeiter*innen« (Blinken 2021, Übers.: Ch.S.) im Vordergrund stehen. Die erfolgreiche Einbindung der Gewerkschaften bei der Neuverhandlung des USMCA mittels einer ausgeklügelten Arbeitsrechtsklausel und verschärften Ursprungsregeln (siehe oben), wird voraussichtlich als Vorbild dienen, zumal die neu ernannte Handelsbeauftragte, Katherine Chi Tai, als vormalige Chefberaterin für Handelsfragen im Repräsentantenhaus wesentlich am Zustandekommen der breiten Zustimmung für den USMCA beteiligt war. Sie plädiert für eine »worker-centered« handelspolitische Strategie (Wang/Lynch 2020).

Das Scheitern von Trumps China-Strategie wird unter anderem auf die mangelnde Koordination mit den traditionell verbündeten kapitalistischen Demokratien zurückgeführt. Quasi unisono fordert das liberale außenpolitische Establishment samt seiner organischen Intellektuellen eine Rückkehr zur »Führung« des westlichen Bündnisses (siehe zum Beispiel die Artikel zu den US-China-Beziehungen in *Foreign Affairs*). Allerdings soll den Verbündeten klargemacht werden, so Bidens Außenminister, dass »eine echte Partnerschaft bedeutet, gemeinsam die Bürden zu schultern« (Blinken 2021, Übers.: Ch.S.). Erkennbar sind bereits erste Schritte auf die Verbündeten zu, und zwar nicht nur durch den angekündigten Wiederbeitritt zum Pariser Klimaabkommen und der Weltgesundheitsorganisation, sondern auch durch das Moratorium im ewigen Streit mit der Europäischen Union (EU) über die Subventionen von Airbus und Boeing (Swanson 2021).

Im Unterschied zur Obama-Strategie soll China jedoch nicht nur umzingelt, sondern auch direkt mit Liberalisierungsforderungen konfrontiert werden. Bereits 2019 schrieben Präsident Bidens oberster Asienberater, Kurt Campbell, und sein Berater für nationale Sicherheit, Jake Sullivan: »Die Ära des Engagements mit China ist unaufhaltsam zu einem Ende gekommen.« (Campbell/Sullivan 2019, Übers.: Ch.S.). Entsprechend hat die Biden-Präsidentschaft bisher nicht die von Trump verhängten Maßnahmen zurückgenommen. Sowohl die Handelsbeauftragte Tai als auch die neue Handelsministerin Gina Raimondo versprachen in ihren Anhörungen vor dem Kongress, China im Rahmen des Phase-Eins-Abkommens mit den USA zur Rechenschaft zu ziehen und mit dem Rest der Biden-Administration zusammenzuarbeiten, um eine langfristige Vision zu entwickeln, wie die USA am besten mit Beijing konkurrieren können (Fortnam 2021; Inside U.S. Trade, 3.2.2021). Es wird allerdings erwartet, dass Biden die dritte und vierte Runde der Zölle gegen China aufheben wird, da diese im Unterschied zu den ersten beiden Runden nicht auf der Grundlage einer offiziellen Untersuchung zu den Implikationen der nationalen Sicherheit erfolgten (Inside U.S. Trade, 12.2.2021; siehe auch obige Ausführungen zu den Klagen gegen die dritte und vierte Zollrunde).

Präsident Bidens erste handelspolitische Amtshandlung war am 25. Januar 2021 ein Erlass zum öffentlichen Beschaffungswesen, und zwar sollen die Schlupflöcher des bestehenden »Buy-America«-Gesetzes geschlossen und Ausnahmen strikter behandelt werden. Das folgenreichste dieser Schlupflöcher, bekannt als »trade-pact waiver«, ist eines, dass es Bundesbehörden erlaubt, Unternehmen in Dutzenden von Ländern als US-amerikanische Lieferanten zu behandeln, wenn sie wie zum Beispiel Japan Handelsbeziehungen mit den USA haben (Scheiber 2021).

Es folgte die Wiedereinführung eines 10-prozentigen Zolls auf Aluminiumimporte aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, den Präsident Donald Trump nur einen Tag vor seinem Ausscheiden aus dem Amt aufgehoben hatte (Palmer 2021). Am 24. Februar 2021 unterschrieb Biden einen Erlass zu Zulieferketten. Innerhalb von 100 Tagen sollen die Lieferketten für Halbleiter, Seltene Erden, Pharmazeutika und Großbatterien geprüft sowie innerhalb eines Jahres sollen die industriellen Grundlagen für sechs zentrale Bereiche wie Verteidigung, öffentliche Gesundheit, Informations- und Kommunikationstechnologie etc. analysiert werden. Dabei soll auch mit Verbündeten zusammengearbeitet werden (The White House 2021).

Traditionell bremst das Finanzministerium protektionistische Initiativen anderer Ministerien, selbst unter Trump (Beispiel: Verzicht, China wegen Währungsmanipulationen anzuklagen). Bidens Finanzministerin, Janet Yellen, ist als bekennende Freihändlerin bekannt, aber auch für ein Interesse am Wohlergehen der Lohnabhängigen (Scheiber 2021). Entsprechend scheint sie die neue Politik gut zu verkörpern, die die Konzernagenda mit einer stärkeren Berücksichtigung der Interessen der Gewerkschaften verbindet.

Industrie- und Technologiepolitik

Weitere zentrale Pfeiler der neuen China-Strategie sind industrie- und technologiepolitische Initiativen sowie Investitionen in die Infrastruktur der USA, die Trump groß angekündigt, aber nie verwirklicht hatte. Diese sollen es den USA ermöglichen, China aus einer Position der Stärke zu begegnen (Campbell/Doshi 2020).

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hat Präsident Biden das Amt des Leiters des Büros für Wissenschafts- und Technologiepolitik zu einer Position auf Kabinettsebene erhoben (Rash 2021). Bereits wenige Wochen später, am 31. März 2021, kündigte er einen 2,25 Billionen US-Dollar Infrastrukturplan an. Der vierteilige, auf acht Jahre angelegte Plan sieht 620 Milliarden US-Dollar für das Verkehrswesen vor, einschließlich einer Verdoppelung der Bundesmittel für den öffentlichen Nahverkehr. Weitere 650 Milliarden US-Dollar

sind für Initiativen zur Verbesserung der Lebensqualität, wie sauberes Wasser und Hochgeschwindigkeits-Breitband, vorgesehen. 580 Milliarden US-Dollar sollen das verarbeitende Gewerbe stärken – etwa 180 Milliarden US-Dollar sollen davon an das größte Forschungs- und Entwicklungsprogramm außerhalb des Verteidigungssektors, das es je gab, gehen. 400 Milliarden US-Dollar sollen als Antwort auf die Corona-Pandemie für eine bessere Versorgung älterer Menschen eingesetzt werden (Cook/Epstein 2021).

Die industriepolitischen Ideen der Biden-Regierung finden prinzipiell auch einen positiven Widerhall bei einigen republikanischen Senatoren. Bereits im Juli 2020 hat der damalige Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Beziehungen, Senator Jim Reisch (R-Idaho), einen Gesetzesentwurf »STRATEGIC Act« eingebracht, der unter anderem verstärkte industriepolitische Anstrengungen beinhaltet (Risch 2020). Der für seine Präsidentschaftsambitionen bekannte Senator Marco Rubio (R-Florida) argumentierte, dass die USA eine »pro-amerikanische Industriepolitik des einundzwanzigsten Jahrhunderts« des »Gemeinwohl-Kapitalismus« annehmen müssen, weil »Marktfundamentalisten einen Wettbewerb mit China nicht gewinnen werden« (zit. in Chhabra u.a. 2020, Übers.: Ch.S.). Die konservative Chinaexpertin, Elizabeth Economy, meinte dazu passend: »China wird sich nicht an die Spielregeln anpassen, wie wir sie gesetzt haben, also müssen wir uns anpassen.« (Wadhams 2021, Übers.: Ch.S.)

Noch am Ende der letzten Legislaturperiode verabschiedete der Kongress parteiübergreifend (mit 96 zu 4 Stimmen im Senat) im Rahmen der Bewilligung des Verteidigungshaushaltes ein Gesetz zur Förderung der Halbleiterproduktion in den USA, das Gesetz »Creating Helpful Incentives to Produce Semiconductors (CHIPS) for America«. Die Verbände der Elektronikindustrie zusammen mit den Dachverbänden der Wirtschaft fordern nun von der Biden Regierung, auch die entsprechend finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen (SEMI 2021).

Allerdings wird die Finanzierung von Bidens Infrastrukturplan auf den Widerstand der republikanischen Partei und wohl auch einiger demokratischer Senatoren stoßen. Bidens Plan würde die Körperschaftssteuer von 21 Prozent auf 28 Prozent erhöhen und eine Mindeststeuer von 21 Prozent auf globale Unternehmensgewinne festlegen (Cook/Epstein 2021). Der Sprecher des Information Technology Industry Council begrüßte Bidens Plan, aber warnte zugleich, dass dieser »nicht auf Kosten einer Schwächung der international wettbewerbsfähigen Steuerpolitik der Vereinigten Staaten gehen soll.« (Oxman 2021) Sprich die hochprofitablen Konzerne (Wakabayashi u.a. 2020) hoffen auf Subventionen für Forschung und Neugliederung ihrer Lieferketten, die sie auch aus eigener Kraft stemmen könnten, und zugleich wollen sie die

niedrigen Steuersätze der Trump-Ära beibehalten. Es ist zu vermuten, dass im finanzierten Kapitalismus Teile dieser Subventionen ebenso wie zuvor die Steuergeschenke für den Rückkauf von Aktien genutzt werden, um die Börsenkurse weiter in die Höhe zu treiben (Lazonick/Shin 2020).

So ist es eine Ironie des Zustandes der Beziehungen zwischen den USA und China, dass es trotz der Kritik am chinesischen Staatskapitalismus eine wachsende parteiübergreifende Unterstützung im US-Kongress für eine industriepolitische Rolle der Regierung gibt.

Capitalism First

Die Abkehr von der protektionistischen, mit aggressiver Rhetorik unterlegten Alleingänge der Trump-Administration lässt die EU-Kommission auf eine Wiederbelebung der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) hoffen. So ruft die EU-Generaldirektorin für Handel, Sabine Weyand, die USA dazu auf, sich gemeinsam mit dem Aufstieg Chinas auseinanderzusetzen. Beide sollen eine neue Initiative bei der Welthandelsorganisation anführen, um Regeln zu entwickeln, die »Wettbewerbsneutralität« sicherstellen. Staatliche Eingriffe, die den Wettbewerb verzerren, wie Industriesubventionen, staatliche Unternehmen und erzwungene Technologietransfers, sollten unterbunden werden (Monicken 2021b).

Ein erster Schritt in diese Richtung soll die Einrichtung eines US-EU-Handels- und Technologierats sein, um Themen wie Standards, regulatorische Ansätze und Cybersicherheit zu diskutieren. Davon erhofft sich die EU-Kommission, China bei der Setzung von Standards auf neuen Technologiefeldern zuvorzukommen. Die US-Handelskammer begrüßt einen solchen Rat und drängt die Biden-Administration auf diesen Vorschlag einzugehen (Monicken 2021a).

Inwieweit es tatsächlich gelingen sollte, Chinas Staatskapitalismus zu ändern, kann hier nicht beantwortet werden. Sicher ist jedoch, dass die Abkehr von Trumps aggressiven, unilateralen Strategien nicht bedeutet, dass auf beiden Seiten des Atlantiks keine Versuche unternommen würden, die Interessen der Großkonzerne zu verfolgen. Die Ära Trump nutzte die EU-Kommission, um sich als Bewahrer internationaler Kooperationen zu stilisieren (Hagelüken/Mühlauer 2017). Während TTIP zu Zeiten der Präsidentschaft von Obama auf breiten gesellschaftlichen Widerstand stieß, konnten Freihandelsabkommen mit Japan (JEFTA), Singapur, Vietnam, den Mercosur-Ländern und zum Jahresende 2020 mit der Volksrepublik China (CAI) ohne breite gesellschaftliche Diskussion abgeschlossen werden. Diese Abkommen lassen keinen Willen erkennen, sanktionierbare Regeln zur sozialen und öko-

logischen Nachhaltigkeit in internationalen Wirtschaftsabkommen zu verankern (Karatepe u.a. 2020; Hartmann 2018; ILO 2019). Aus diesem Grunde ist Skepsis gegenüber den neuerlichen Versuchen der EU (und des deutschen Wirtschaftsministeriums) angebracht, die transatlantische Wirtschaftskooperation zu vertiefen.

Falls es zu einem gemeinsamen Vorgehen gegenüber China kommen sollte, womöglich mit einer Nachhaltigkeitsrhetorik, dann aber ohne Aufgabe von »America First« und »Festung Europa«. Dies läuft auf »Capitalism First« hinaus. Bereits jetzt in der Pandemie zeigen sich diese nationalen, regionalen und vor allem kapitalistischen Egoismen. So blockieren bisher (März 2021) die USA und Europa im Interesse ihrer Pharmaindustrie die von vielen Ländern geforderte zeitliche Ausnahmeregelung für bestimmte geistige Eigentumsrechte an medizinischen Instrumenten und Technologien, damit ein größerer Vorrat an Impfstoffen, Behandlungen und diagnostischen Tests an möglichst vielen Orten so schnell wie möglich produziert werden kann (MSF 2021).

Literatur

- AFL-CIO – American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (2017): Resolution 8: Working People Will Lead the Fight for A Global New Deal on Trade (24.10.2017). URL: <https://aflcio.org/>.
- Barattieri, Alessandro / Cacciatore, Matteo (2020): Self-Harming Trade Policy? Protectionism and Production Networks. NBER Working Paper No. 27630.
- Blanga-Gubbay, Michael / Conconi, Paola / Parenti, Mathieu (2021): Lobbying for Globalization. CEPR Discussion Paper No. DP14597.
- Blinken, Antony J. (2021): A Foreign Policy for the American People (Speech, Secretary of State, 3.3.2021). URL: <https://www.state.gov/>.
- Bloomberg Supply Lines (2020): Trump's offshoring record (22.10.2020).
- Bolton, John (2020): The Scandal of Trump's China Policy (17.6.2020). URL: <https://www.wsj.com>.
- Bowie, Robert R. / Immerman, Richard H. (2000): Waging Peace: How Eisenhower Shaped an Enduring Cold War Strategy. Oxford.
- Bown, Chad P. (2021): Anatomy of a flop: Why Trump's US-China phase one trade deal fell short. Peterson Institute for International Economics.
- / Kolb, Melina (2021): Trump's Trade War Timeline: An Up-to-Date Guide. Peterson Institute for International Economics.
- Campbell, Kurt / Doshi, Rush (2020): China challenge can help America avert decline (3.12.2020). URL: <https://www.foreignaffairs.com/>.
- / Sullivan, Jake (2019): Competition Without Catastrophe. How America Can Both Challenge and Coexist with China (9/10.2019). URL: <https://www.foreignaffairs.com/>.
- Chhabra, Tarun / Moore, Scott / Tierney, Dominic (2020): The Left Should Play the China Card (13.2.2020). URL: <https://www.foreignaffairs.com/>.
- Congressional Budget Office (2020): The Budget and Economic Outlook: 2020 To 2030.
- Cook, Nancy / Epstein, Jennifer (2021): Biden Plans \$2.25 Trillion Spending, Corporate Tax Hikes (30.3.2021). URL: <https://www.bloomberg.com/>.
- Cox, Lydia / Russ, Kadee (2020): Steel Tariffs and U.S. Jobs Revisited (6.2.2020). URL: <https://econofact.org/>.

- Eckes, Alfred E., Jr. (1995): *Opening America's Market: U.S. Foreign Trade Policy since 1776*. Chapel Hill.
- Ehrlich, Sean D. (2008): The Tariff and the Lobbyist: Political Institutions, Interest Group Politics, and U.S. Trade Policy. In: *International Studies Quarterly* 52 (2): 427-445.
- Fandos, Nicholas (2021): House Passes Labor Rights Expansion, but Senate Chances Are Slim (9.3.2021). URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Ferguson, Thomas / Jorgensen, Paul / Chen, Jie (2021): Big Money Drove the Congressional Elections—Again (11.2.2021). URL: <https://www.ineteconomics.org/>.
- (2019): How money drives US congressional elections: Linear models of money and outcomes. In: *Structural Change and Economic Dynamics*. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.strueco.2019.09.005>.
- Flaen, Aaron / Pierce, Justin (2019): Disentangling the Effects of the 2018–2019 Tariffs on a Globally Connected U.S. Manufacturing Sector. Finance and Economics Discussion Series 2019-086. Washington: Board of Governors of the Federal Reserve System. DOI: <https://doi.org/10.17016/FEDS.2019.086>.
- Fortnam, Bret (2021): Tai pledges to hold China to phase-one deal, eyes review of China policies (25.2.2021). URL: <https://insidetrade.com/>.
- Hagelüken, Alexander / Mühlaier, Alexander (2017): Euro - japanischer Frontbericht. In: *Süd-deutsche Zeitung* (24./25.6.2017): 15.
- Hanemann, Thilo, / Rosen, Daniel H. / Gao, Cassie / Lysenko, Adam (2020): Two-Way Street: 2020 Update U.S.-China Investment Trends. Rhodium Group and National Committee on U.S.-China Relations. New York, NY. URL: <https://www.ncuscr.org/>.
- Hartmann, Alessa (2018): JEFTA-Mythen zerlegen (4.12.2018). URL: <https://power-shift.de/>.
- ILO – International Labour Office (2019): Labour provisions in G7 trade agreements: A comparative perspective. Geneva.
- Inside U.S. Trade (2021a): Commerce nominee answers questions on 232 tariffs, China (3.2.2021). URL: <https://insidetrade.com/>.
- (2021b): Business groups call for suspension of ICT supply chain rule, order (5.2.2021). URL: <https://insidetrade.com/>.
- (2021c): Three-judge panel assigned to massive Section 301 case (12. 2.2021). URL: <https://insidetrade.com/>.
- (2021d): Senate group offers bill to prioritize telecom security in U.S. trade policy (26.2.2021). URL: <https://insidetrade.com/>.
- Khanapurkar, Uday (2020): CFIUS 2.0: An Instrument of American Economic Statecraft Targeting China. In: *Journal of Current Chinese Affairs* 48(2): 226–240.
- Kim, In Song / Milner, Helen V. (2020): Multinational Corporations and their Influence Through Lobbying on Foreign Policy. URL: <https://scholar.princeton.edu/>.
- Lazonick, William / Shin, Jang-Sup (2020): *Predatory Value Extraction. How the Looting of the Business Corporation Became the US Norm and How Sustainable Prosperity Can Be Restored*. Oxford.
- Levy, Phil (2020): The Verdict on Trump Trade Policy, Part 2: Challenging China Phil Levy. URL: <https://www.forbes.com/>.
- Monicken, Hannah (2021a): Chamber pushes Biden to back EU trade and technology council plan (3.2.2021). URL: <https://insidetrade.com/>
- (2021b): Weyand proposes WTO plurilateral on 'competitive neutrality' led by EU, U.S. (10.3.2021). URL: <https://insidetrade.com/>.
- MSF – Médecins Sans Frontières (2021): Countries obstructing Covid-19 patent waiver must allow negotiations (9.10.2021). URL: <https://www.msf.org/>.
- Nasiripour, Shahien / Parmar, Hema (2020): Schwarzman's Wallet Props Up Wall Street Elite's Giving to Trump. In: *Bloomberg* (6.8.2020).
- OpenSecrets (2021): Who are the Biggest Donors? URL: <https://www.opensecrets.org/>.

- Oxman, Jason (2021): ITI Appreciates Focus on Digital Infrastructure, Workforce, and U.S. Competitiveness in American Jobs Plan (31.3.2021). URL: <https://www.itic.org/>.
- Palmer, Doug (2021): Biden in first trade move reimposes a Trump tariff. In: Politico.
- Public Citizen (2021): Ending the corporate power grab of Investor-State Dispute Settlement. URL: <https://www.citizen.org/>.
- Rappeport, Alan (2020): Trump Funnels Record Subsidies to Farmers Ahead of Election Day(12.10.2021). URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Rash, Wayne (2021): What to Expect in Technology Policy from the Biden Administration (25.1.2021). URL: <https://www.eweek.com/>.
- Redden, Elizabeth (2020): Scholars Charged with Lying about Chinese Military Ties (28.7.2020). URL: <https://www.insidehighered.com/>.
- Risch, Jim (2020): Risch Introduces Landmark Legislation to Compete with China (22.7.2020). URL: <https://www.risch.senate.gov/>.
- Saad, Lydia (2020): Americans' Vanishing Fear of Foreign Trade (26.2.2020). URL: <https://news.gallup.com/>.
- Salvanto, Anthony (2019): CBS News poll on trade and tariffs: Americans want China to change policies; they're wary of short-term tariff impact. CBS News (16.5.2019). URL: <https://www.cbsnews.com/>.
- Scheiber, Noam (2021): The Biden Team Wants to Transform the Economy. Really. (11.2.2021). URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Scherrer, Christoph (1999): Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA. Berlin.
- (2001): Double Hegemony? State and Class in American Foreign Economic Policymaking. In: *Amerikastudien* 46(4): 573-591.
- (2019): Direkte Konfrontation statt Umzingelung. US-Handelspolitik unter Trump mit China. In: *PROKLA* 194 49(1): 35-58. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v49i194.1768>
- (2020): Das neue Nordamerikanische Freihandelsabkommen mit besserem Sozialkapital? In: *WSI-Mitteilungen* 73 (2): 83-92.
- SEMI (2021): Letter to President Biden Urging Support for CHIPS Act Funding and Investment Tax Credit (18.2.2021). URL: <https://www.semi.org/en/news-media-press/semi-press-releases/semi-chips-act-statement>
- Sierra Club (2021): International Trade. URL: <https://www.sierraclub.org/>.
- Smith, Noah (2020): Trumps Tariffs Failed to Fix the Trade Deficit. In: *Bloomberg* (6.10.2020).
- Swanson, Ana (2021): U.S. and Europe Will Suspend Tariffs on Alcohol, Food and Airplanes (6.3.2021). URL: <https://www.nytimes.com/>.
- The White House (2021): FACT SHEET: Securing America's Critical Supply Chains (24.2.2021). URL: <https://www.whitehouse.gov/>.
- U.S. Chamber of Commerce (2021): Understanding Decoupling: Macro Trends and Industry Impacts. Washington, DC.
- USTR – Office of the United States Trade Representative (2017): Summary of Objectives for the NAFTA Renegotiation (17.7.2017). Washington, DC.
- Wadhams, Nick (2021): Biden Putting Tech, Not Troops, at Core of U.S.-China Policy (1.3.2021). URL: <https://www.bloomberg.com/>.
- Wakabayashi, Daisuke u.a. (2020): Big Tech Continues Its Surge Ahead of the Rest of the Economy (29.10.2020). URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Wang, Amy B. / Lynch, David J. (2020): Biden selects Katherine Tai as U.S. trade representative. In: *The Washington Post* (9.12.2020).
- WSJ – Wall Street Journal (2020): How Tariffs Deepened the D.C. Swamp (28.12.2020).
- Zakaria, Fareed (2020): Why Trump caved on China. In: *Washington Post* (17.1.2020).